

schwächeren die Inflation nicht überleben würden, und (4) die Anwendung der Inflation als ein Hilfsmittel zur Abschaffung des Achtsturentages und anderer Errungenschaften der Revolutionszeit. Die ersten zwei dieser Gründe fanden weiten Anklang; die letzten zwei galten besonders als Vorteile für die Großkonzerne der Schwerindustrie. Jedoch leuchteten diese Gründe nicht allen Mitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie gleichermaßen ein: Die Textilindustrie z. B. zog die Strategie der Stabilisierung vor, aber es war die Strategie der Schwerindustrie, welche sich letzten Endes durchsetzte.

Wie weit waren daher die Stahlfabrikanten direkt für die Verlängerung der Inflation und für deren eventuelle Beschleunigung in eine Hyper-Inflation verantwortlich? Nach Feldman ist ihr Anteil an der Schuld groß, und seine ganze Beweisführung geht dahin, diese Ansicht zu unterstreichen. Jedoch ist gerade hier der Ausgangspunkt von besonderer Wichtigkeit. Wenn die Argumente, die Intrigen und die Einflußnahme der Stahlindustriellen diese Kapitel monopolisieren, als ob diese Männer die einzig Tätigen gewesen wären, während Staatsbeamte, Gewerkschaftsführer oder Politiker nur ab und zu als Nebenfiguren auftauchen, so mag das am Quellenmaterial liegen, aber es stellt das Parallelogramm der Kräfte jener Jahre nur unvollkommen zur Schau. Es gab viele andere Interessen, die der Inflation nur schwache Schranken entgegensetzen wollten. Havenstein, der vielgerügte Reichsbankpräsident, war sich dessen bewußt, daß die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung eine dauernde Erweiterung der Kreditbasis nötig machte, und diejenigen, die die Katastrophe einer scharfen Deflationspolitik in Kauf zu nehmen bereit waren, waren in der Minorität. Überhaupt ist es trotz der kurzen Nachkriegsstabilisierung gar nicht klar, daß die Inflation selbst mit bestem Willen hätte gebremst werden können: Unsere Erfahrungen der letzten paar Jahre sprechen dagegen. Als die Inflation außer Kontrolle geriet und die Industrie an Bargeldmangel zu leiden begann, als jede Wirtschaftsplanung aufhörte und Kapitalinvestitionen unterbleiben mußten, als die Preise wild ins Schleudern gerieten und das Überleben einzelner Firmen vom Zufall der Preisschere abhing, konnte niemand die Lawine zum Halten bringen. Es ist schon richtig, daß sich einzelne Stahlkonzerne, hauptsächlich durch die Manipulation der Auslandswährung, stärken und bereichern konnten, während viele schwächere untergingen, aber das bedeutet noch nicht, daß diese Stahlkonzerne für die Inflation verantwortlich waren. Ebenso ist es klar, daß, wenn sich dieselben Konzerne an der Ruhrbesetzung schadlos hielten und sie am Ende zur Abschaffung des Achtsturentages und anderer Arbeiterschutzvereinbarungen benutzten, dies noch nicht bedeutet, daß sie für die Besetzung verantwortlich waren.

Die Mitschuld der Unternehmer der Schwerindustrie an den wirtschaftlichen Entscheidungen, die unter anderem die Inflation, die Schwächung der Sozialgesetzgebung, die Besetzung der Ruhr und das Untergraben der liberalen Staatsführung zur Folge hatten, kann nach dieser detaillierten Forschungsarbeit nicht bestritten werden. Um ihr Ausmaß festzustellen und die Stärke des Einflusses des Ruhrkomplexes auf die kritischen Entscheidungen der Nachkriegsjahre zu erwägen, bedarf es aber ebenso überzeugungskräftiger Studien anderer Machtzentren in der Weimarer Republik zum Vergleich. Sidney Pollard

Harald Winkel (Hrsg.), Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 73), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1973. 208 S., kart., 39,60 DM.

Die in dem Sammelband veröffentlichten Aufsätze konzentrieren sich auf zwei Problemkreise: die Inflation und ihre Folgen sowie die Währungspolitik und die Weltwirtschaftskrise, wobei der Schwerpunkt wiederum auf der Analyse der deutschen Entwicklung liegt, während andere europäische Länder und ihre Probleme nur in den Beiträgen von *Aldcroft* und *Siegenthaler* Berücksichtigung gefunden haben. Gemeinsames Merkmal aller Beiträge – so unterschiedlich die behandelten Fragestellungen im einzelnen auch sind – ist es, daß sie

unsere Kenntnisse z. T. ganz erheblich erweitern, zumindest jedoch durch eine kritische Analyse des bisherigen Forschungsstandes zu einer schärferen Erfassung der ungeklärten Probleme in der wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklung während der Zwischenkriegszeit beitragen.

Nicht die Validität der wirtschaftstheoretischen Erklärungsmodelle steht im Mittelpunkt von *Peter Czadas* Aufsatz über die Ursachen und Folgen der deutschen Inflation, sondern der Versuch, einer Klärung der Frage näher zu kommen, weshalb die politischen Entscheidungsgremien in Deutschland die Inflation bis zum totalen Zusammenbruch der Währung haben laufen lassen. Dabei arbeitet Czada die ins Auge fallende Interessenkonvergenz von Großindustrie und rechtsstehenden Parteien an einem ungehinderten Fortgang des Inflationsprozesses und als dessen Folgen die sozial und politisch gleichermaßen systemdestabilisierende Umschichtung der Einkommen und Vermögen sowie die strukturellen Fehlentwicklungen in den Investitionsentscheidungen der deutschen Wirtschaft heraus. Allerdings kann auch Czada unsere Kenntnisse über das tatsächliche Verhalten der Wirtschaftssubjekte, so über ihre Investitionsentscheidungen und die Bildung von Auslandskapital oder auch über die Abwälzung der sozialen Kosten der Inflation, nicht wesentlich über das hinaus erweitern, was schon *Bresciani-Turroni* in seiner klassischen Studie über die deutsche Inflation festgestellt hat. Dennoch dürfte sein Ansatz, bei dem die Frage nach den politisch-ökonomischen Entscheidungen der einzelnen am Willensbildungsprozeß beteiligten Kräfte wenigstens mit der nötigen Präzision gestellt worden ist, bei weiteren empirischen Arbeiten sehr viel erfolgversprechender sein als die rein ökonomische Argumentation von *Laursen* und *Pedersen*, die in ihrem Buch über die deutsche Inflation einseitig die (angeblich in erster Linie den unselbständig Beschäftigten zugute kommenden) Vorzüge der proinflationären Politik herausgestrichen haben.

In engem Zusammenhang mit diesen Problemen steht *Derek H. Aldcrofts* Aufsatz über die Wirkungen der Währungspolitik für die Wirtschaftstätigkeit in Großbritannien während der 20er Jahre. Es geht ihm dabei im wesentlichen um eine Überprüfung der allgemein vertretenen Auffassung, daß die Währungspolitik restriktiv gewesen sei, binnenwirtschaftlich deflationär gewirkt habe und daher für die dauernd sehr hohe Arbeitslosenquote verantwortlich sei. Nach *Aldcrofts* Befund war die Geldversorgungspolitik der Bank von England jedoch in den 20er Jahren mit Ausnahme der Jahre 1920/22 (Bekämpfung der Kriegsinflation) weder von der Menge noch von den Konditionen her ausgesprochen restriktiv. Wichtiger für die wirtschaftliche Entwicklung scheint die ungleichmäßige Entwicklung in der Industrie aufgrund ungelöster struktureller Probleme, insbesondere des Niedergangs der alten Exportindustrien, gewesen zu sein, wenngleich der Autor nicht ausschließt – diese Frage also noch einer weiteren Durchleuchtung bedürfte –, daß eine wirklich expansive Geldpolitik der Bank von England zu einer Milderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätte beitragen können.

Wichtige Aufschlüsse über Ursachen und Verlauf der Weltwirtschaftskrise in Deutschland liefern die Aufsätze von *Friedrich-Wilhelm Henning* über die Liquidität der Banken in der Weimarer Republik und von *Gerd Hardach* über die Währungskrise 1931. *Henning* weist zu Recht darauf hin, daß schon vor 1914 die Liquidität des deutschen Bankensystems ungenügend gewesen ist und sich dann im Weltkrieg und in der Inflationszeit nur formell verbesserte. Nach 1924 reagierten die Banken auf die schnelle Ausdehnung ihrer Geschäftstätigkeit nicht mit einer angemessenen Erweiterung der Eigenkapitalausstattung und vernachlässigten die Herstellung eines quantitativ und qualitativ ausgewogenen Verhältnisses ihrer Debitoren und Kreditoren. Schon zu Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 befanden sich die Banken daher in Liquiditätsschwierigkeiten, da sie – hier wirkte die Inflationsfurcht nach – z. T. mit kurzfristigen Einlagen nicht nur unrentable Investitionen finanziert, sondern sich selber auch mit Aktienkäufen sehr stark in der Industrie engagiert hatten. In der Weltwirtschaftskrise mit ihrem internationalen Preisverfall, der forcierten deutschen

Deflationspolitik, dem Sinken der Aktienkurse und schließlich dem Abzug der kurzfristigen Auslandsgelder führte dieses Fehlverhalten zu einer solchen Liquiditätsklemme im gesamten Bankensystem, daß nicht nur eine Reihe von Banken zusammenbrach bzw. nur noch durch staatliche Intervention gerettet werden konnte, sondern darüber hinaus die Liquiditätsschwierigkeiten des Bankensystems auch die Abwärtsbewegung der Binnenkonjunktur beschleunigten und mit dazu beitrugen, daß Deutschland 1931 den Goldstandard aufgeben mußte. Den diesem Ereignis vorausgehenden innen- und außenpolitischen sowie ökonomischen Entscheidungen von Reichsregierung, Reichsbank und Großbanken ist *G. Hardach* in seinem Aufsatz über die Währungsfrage 1931 nachgegangen. Viel stärker als Henning, der die Chancen einer alternativen Politik der Banken und die Gründe, weshalb diese nicht verfolgt wurden, nur in einem Nebensatz berührt, bemüht sich Hardach um eine Aufhellung der Frage nach der Verantwortung für getroffene und unterlassene Entscheidungen und weist überzeugend nach, daß eine Kombination aus währungspolitischen Dogmatismus der Reichsbank, gefährlichen außenpolitischen Manövern der Reichsregierung in der Reparationsfrage und in der Frage der geplanten Zollunion mit Österreich und den Rivalitäten der Großbanken untereinander für das währungspolitische Desaster im Sommer 1931 verantwortlich zu machen ist.

In einem zweiten Aufsatz untersucht *Henning* die Frage, wann die Weltwirtschaftskrise in Deutschland überwunden war. Wegen der z. T. sehr widersprüchlichen ökonomischen Daten gelangt er in dieser Frage zu keiner abschließenden Bewertung, obgleich er insgesamt eher der These zuzuneigen scheint, daß der konjunkturelle Wendepunkt im 1. Halbjahr 1933 und nicht schon im Herbst 1932 anzusiedeln ist, doch liegt der Wert seines Aufsatzes ohnehin in erster Linie in der akribischen Darstellung der für die Bemessung der Konjunkturlage in den Jahren 1929 bis 1933/34 wichtigen Indikatoren, an der keine Untersuchung über die politischen und ökonomischen Probleme der Weltwirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen auf Deutschland mehr vorbeigehen kann.

Einem ganz anderen, weder von der Nationalökonomie noch von der Geschichtswissenschaft ausreichend beachteten Problembereich geht *Hansjörg Siegenthaler* in seinem Aufsatz über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Entwicklung des technischen Wissens in der Schweiz nach. Unzweifelhaft ist die Frage, ob und unter welchen speziellen Bedingungen die Investitionsbereitschaft der wirtschaftlichen Unternehmungen für erfinderische Aktivitäten von der jeweiligen globalen Konjunkturlage beeinflusst wird, wegen der damit verbundenen langfristigen Wirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung von hohem historischen wie aktuellem Interesse. Weitaus problematischer ist es jedoch, ob die von Siegenthaler entwickelten Methoden zur Erfassung des Phänomens »erfinderische Aktivität« zureichend sind, d. h. ob dessen Gleichsetzung mit der Zahl der erteilten Patente schlüssig ist, ob andererseits ein starker Rückgang der Patenterteilungen und Patentgesuche der führenden Unternehmen eines Industriezweiges einfach für atypisch und daher unerheblich erklärt werden darf, ob die Zunahme von stellungsuchenden Technikern und Ingenieuren ignoriert werden kann und ob schließlich nicht genauere Daten über den Kapitaleinsatz für technische Entwicklungen unerlässlich sind. Dem abschließenden Urteil Siegenthalers, daß eine hohe Resistenz erfinderischer Aktivität gegenüber depressiven Einflüssen in einem Konjunkturabschwung bestanden habe, dürfte unter diesen Umständen nicht ohne weiteres zugestimmt werden können.

Peter-Christian Witt

Dieter Rebentisch, Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik (= Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 10), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1975, VIII, 321 S., brosch., 48 DM.

In den letzten Jahren ist in der deutschen Geschichtswissenschaft viel stärkeres Gewicht auf die Untersuchung von Strukturen, Prozessen und Institutionen gelegt worden als auf die